

Das Allmende-Schutz-Projekt der Freiburger Kantstiftung

(Übersicht)

Das „Schützt die Allmende!“-Projekt der Freiburger Kantstiftung. Appell zugunsten der Entwicklung eines regionalen, überregionalen und transnationalen Allmende-Schutz-Netzwerkes

Beitrag von Berthold Lange (Freiburger Kantstiftung)

zum Tagungsthema der Herbsttagung 2006 des Arbeitskreises Deutscher Stiftungen „Umwelt, Natur, Gesundheit“ in Wörlitz:

„Wie kann das Natur- und Kulturerbe in Deutschland langfristig bewahrt werden?“

1. **Einführung:** Goethe und Schiller zum Verhältnis von Natur und Kultur
2. **Portrait der Kantstiftung:** Entstehung, Stiftungszwecke und deren Verwirklichung
3. **Das Projekt:** „Das Prinzip ‚Vorsorge‘ und die Wiederentdeckung der ‚Allmende‘.
Zum Verhältnis von Umwelt, Wissenschaft und Rechtsstaat vor dem Hintergrund der Agro-Gentechnik-Debatte“ als Thema der Preisverleihung , der mit ihr verbundenen Publikation und weiterer Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit.
4. **Das Problem:**
 - a) **Natur als Streitobjekt:** Ressourcen-Grundlage menschlicher Existenz und damit Grundlage der international anerkannten Menschenrechte; zugleich Manövriermasse primär ökonomisch motivierter mächtiger Partikularinteressen bzw. transnationaler Konzerne und der real existierenden „WTO-Weltregierung“
 - b) **Kultur als Antwort:** Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren!
Allmende-Schutz als faire Zukunftsvorsorge.
5. **‚Allmende‘ als systemische Denkfigur:**
Von der lokalen und regionalen Verwurzelung zum globalen Prinzip rechtsstaatlich gerechter Treuhänderschaft (z.B. Oberrhein, Bangladesch, Alaska)
6. **Ausklang:**
 - Appell an die Tagungsteilnehmer: Nachhaltigkeitsförderung ihrer eigenen Projekte durch deren Einordnung in den Gesamtkontext unserer natürlichen und rechtsethischen Lebensgrundlagen; Plädoyer für eine bündnis- und politikfähige Vernetzung
 - Goethe, Kant – europäisches Erbe als Auftrag!

Lektüre-Hinweis:

- Fair Future, Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report. Wuppertaler Institut, Beck-Verlag München 2005
- Otfried Höffe, Moral als Preis der Moderne. Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt, suhrkamp stw 1046, Frankfurt 1993 u. Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, Beck-Verlag 2003
- Erhard Eppler, Auslaufmodell Staat? edition suhrkamp 2005

Referat für die Herbsttagung 2006 des Arbeitskreises Deutscher Stiftungen „Umwelt, Natur, Gesundheit“

1.) Einführung:

*Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehen
Und haben sich, eh' man es denkt, gefunden;
Der Widerwille ist auch mir verschwunden,
Und beide scheinen gleich mich anzuziehen.*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Naturfreunde,

ich erlaube mir, diese ersten Zeilen des Goethe-Sonettes, das etwa um 1800 entstand an den Anfang eines Referates zu setzen, in welchem ich die Ehre habe, Ihnen das diesjährige Projekt der „**Freiburger Kantstiftung**“ vorzustellen nämlich

- 1) die Verleihung des **Kant-Weltbürger-Preises 2006** an zwei engagierte und verdiente Streiter für Biodiversität und gegen Agro-Gentechnik, Christine von Weizsäcker und Ex-Umweltminister Michael Meacher, aus Großbritannien, deren Laudator der bisherige UNEP-Direktor Prof. Dr. Klaus Töpfer war, und in seiner Folge
- 2) unsere Aktivitäten zur Wieder- und Neuentdeckung des Begriffs der „**Allmende**“, des Gemeinschaftsbesitzes der Menschen an der Natur in gemeinsamer Verantwortung.

Erweitern wir Goethes Begriff „Kunst“ zu dem der „Kultur“, so wird den meisten von Ihnen zunächst ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen diesen beiden Bereichen, der Natur und der Kultur, aus der Sicht des Menschen bereits unmittelbar einleuchten. Ich erinnere nur an die lateinische Wurzel des Begriffes Kultur: „colere“ bedeutet „bauen, bebauen; wohnen, be-wohnen“, aber auch „pflegen, verehren“! Die sich Ihnen vielleicht zunächst stellende Frage: Was hat eine Kantstiftung mit Natur und Umweltschutz zu tun?“ findet über diesen Zusammenhang einer anthropomorphen Bearbeitung von Natur auch schon eine erste Antwort. Der Kantianer Friedrich Schiller, dessen Einfluss auf das Ende des Goethe Sonettes erkennbar ist, macht allerdings auch einen modernen Konflikt zwischen beiden Bereichen deutlich, wenn er in der 181. Xenie unter dem Titel

Naturforscher und Transzendentalphilosophen

schreibt:

*Feindschaft sei zwischen euch! Noch kommt das Bündnis zu frühe,
Wenn ihr im Suchen euch trennt, wird erst die Wahrheit erkannt.*

Philosophen wie Robert Spaemann (vgl. FAZ-Feuilleton anlässlich des Papst Besuchs im Sept. 2006) sehen das Bündnis heute in utopische Ferne gerückt. Wer z.B. die Klimaentwicklung oder die Gentechnik-Debatte verfolgt, kann gar zu dem Ergebnis eines am Ende zerstörerischen Gegensatzes gelangen.

Inzwischen stellt sich drängend die Frage, wo in unserer gegenwärtigen Natur-Beziehung der Naturwissenschaftler und die Politik stehen: auf der Seite einer respektvoll fragenden und treuhänderisch verwaltenden Kultur oder auf der einer kommerzialisierten Kultur postmoderner neokolonialistischer Ausbeutung?

Doch bevor ich einige kritische Beobachtungen zu dieser Frage vortragen werde, zunächst vielleicht ein kurzes Portrait der Freiburger Kantstiftung, die sich ganz grundsätzlich als Stiftung für eine weltbürgerfähige politische Kultur in Europa zum Schutz von Frieden, Menschenrechten, Umwelt und Rechtsstaatlichkeit versteht.

Wie ist sie entstanden?

Wie werden ihre Zwecke umgesetzt?

2.) Portrait der Kantstiftung:

Entstehung

Die Stiftung wurde zum 200. Todestag Immanuel Kants im Februar 2004 gegründet. Neben dem Stifter als Vorstand gibt es einen siebenköpfigen Stiftungsrat, der ehrenamtlich ca. siebenmal im Jahr tagt. Die Arbeit der Stiftung wird aus den Erträgen des Gründungskapitals in Höhe von 390 000 € und aus Spenden finanziert.

Schon Ende der Sechziger Jahre wurden Kants erkenntnistheoretische und politische Schriften dem Stifter zur überzeugenden Orientierung angesichts der ideologischen Auseinandersetzungen der Zeit. Andererseits bildete die Integration Europas die politische Zukunftshoffnung. Ausgelöst wurde die Gründung der Stiftung am Ende durch einen Paradigmenwechsel der US-amerikanischen Außen- und Innenpolitik, einer damit einsetzenden Erosion der westlichen Wertegemeinschaft und einer Neubesinnung in Europa, die auch durch die Wiedervereinigung von West- und Osteuropa nötig geworden war.

Stiftungszweck und Umsetzung

Hauptzweck der Stiftung ist die Förderung mutiger und unabhängiger, kritisch-aufklärender Öffentlichkeitsarbeit und -erziehung zum Schutz von Frieden, Demokratie und Umwelt und die Förderung der Einhaltung demokratisch-rechtsstaatlicher Prinzipien in der nationalen und internationalen Politik.

Die Zielsetzung findet ihren wichtigsten Ausdruck in der zwei- bis dreijährigen Verleihung des Kant-Weltbürger-Preises an Persönlichkeiten, die sich im Sinne Kants um die Umsetzung universaler politisch-ethischer Prinzipien verdient gemacht haben. Dabei geht es auch um die Zukunftsfähigkeit unseres europäischen Erbes, um eine Wertegemeinschaft und politische Kultur, die sich aus positiven, aber auch leidvollen Erfahrungen speist.

Im übrigen richtet die Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Studium generale der Freiburger Universität pro Jahr zwei Informations- und Diskussionsveranstaltungen aus, übernimmt jährlich 2 Patenschaften der Aktion „Ferien vom Krieg“ und fördert unabhängigen Journalismus über das „Netzwerk Recherche“.

3.) Das Projekt: Kantpreis für Kritiker der Agrogentechnik, Allmende-Forum, Publikation.

a) Zur Verleihung des Kant-Weltbürger-Preises 2006

Während Prof. Dr. Klaus Töpfer in seinen Laudationes das „Prinzip globaler Vorsorge“ - orientiert an Kants „kategorischem Imperativ“ und Hans Jonas' „Prinzip der Verantwortung“ ins Zentrum seiner Würdigungen stellte und die diesbezüglichen Verdienste der Preisträger hervorhob, machte Frau von Weizsäcker deutlich, wie mangelnde rechtsstaatlich organisierte Technikfolgenabschätzung immer wieder dazu führe, dass die Bürger am Ende von Politikern vor eigentlich unnötige „tragische Alternativen“ gestellt würden, während M. Meacher in einer rhetorisch glänzenden Frage-Antwort-Dialektik aufzeigte, dass es auf alle wesentlichen Fragen der Agrogentechnik bisher keine oder eher negative Antworten gibt.

Ersichtlich wurde, dass die Agrogentechnik, obwohl von der Bevölkerung in Deutschland und in Europa zu ca. 75 % abgelehnt, über globale Wirtschaftsmacht wie die WTO und ihren Freihandelsrigorismus - unter Umgehung bzw. Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien – durchgesetzt wird. Zu dieser Thematik schrieb O. Höffe, Professor für Ethik und politische Philosophie in Tübingen bereits 1993 „was die traditionelle Ingenieurskunst kann, nämlich Versuchsmodelle, die missfallen, auf den Schrotthaufen werfen, ist der Gentechnik verwehrt. Wer nicht vorweg besondere Vorkehrungen trifft, läuft Gefahr, sich als Zauberlehrling wiederzufinden; das einmal entstandene Produkt entgleitet der menschlichen Verfügung und geht seine eigenen, unberechenbaren Wege.“ (O. Höffe, Moral als Preis S. 78)

Und er hält in Anwendung unserer europäisch-kantisch-rechtsstaatlichen Prinzipien fest „was gegen sich selbst rechtsethisch erlaubt ist, ist gegen andere rechtsethisch verboten, nämlich menschliches Leben aufs Spiel zu setzen. Niemals darf eine Güterabwägung übersehen, dass die Risiken im Falle der Genforschung einen Wert betreffen, der gegen niederrangige Werte gar nicht aushandlungs- und kompromißfähig ist“ (a.a.O. S. 79). Auch ein vermuteter humanitärer Nutzen gebe „keine moralische Erlaubnis, Leib und Leben anderer zu gefährden.“ Es gebe für einen Rechtsstaat ein rechtsethisches Verbot, andere zu schädigen. Höffe betont dies auch vor dem Hintergrund einer von ihm konstatierten „strukturellen Käuflichkeit“ moderner Wissenschaft, die sich mit deren Wertewandel und gesellschaftlichen Einbindung seit F. Bacon entwickelt hat.

Auf der Folie der genannten Prinzipien muss es als ein rechtsstaatlicher Skandal bezeichnet werden, wenn die neue Bundesregierung sich einerseits die Behauptung der Agrogentechnik-Hersteller zu eigen macht, nach der diese Technik völlig harmlos und im Verhältnis zu traditioneller Züchtung keineswegs revolutionär sei (warum dann der Wettlauf um Patentierungen ?) und andererseits das Gesetz der Vorgängerregierung zur Verursacherhaftung aufzuheben oder aufzuweichen beginnt und mit einer unhaltbaren Koexistenz-These die Agrogentechnik offensiv fördert.

b) Gegen diese Politik gibt es zahlreichen Widerstand und wir haben die Verleihung des Kant-Preises genutzt, um ein Bündnis verschiedener Umweltgruppen zu einem regionalen **Allmende-Forum** zu initiieren, das mit einer Erntedank-Veranstaltung soeben sein Debüt gegeben hat.

c) Eine Publikation der Kant-Stiftung zu dieser Problematik und zu der Preisverleihung wird Ende des Jahres im Ergon-Verlag erscheinen.

4.) Das Problem und ein Lösungsansatz: Raubökonomie, Ressourcenverbrauch und die Idee der Allmende:

Im Angesicht drohender weiterer Ressourcenkriege und einer zunehmenden Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Nachkommen wie des Klimas, der Trinkwasserversorgung und der Biodiversität macht es Sinn über Gerechtigkeit im Treibhaus nachzudenken, wie dies das Wuppertaler Institut in seiner Publikation „Fair Future“ im C.H. Beck Verlag 2005 tut.

Auch der VDW tut dies in seiner **Potsdamer Denkschrift**, wenn er z.B. schreibt:

„Deshalb hat die ökologische Grundlage der Erde räumlich wie zeitlich Gemeinschaftscharakter“ Oder: „ein jeder hat gleichermaßen Teil an der Gesamtheit der gemeinschaftlichen Lebensgrundlage Erde, und ist dort, wo er lebt und wirkt dem globalen Gemeinschaftsgütern lokal bis interkontinental treuhänderisch verpflichtet.“

Mit Kants Worten:

„Alle Menschen sind ursprünglich (...) im rechtmäßigen Besitz des Bodens, d.h. sie haben ein Recht, da zu sein, wohin sie die Natur, oder der Zufall (ohne ihren Willen) gesetzt hat. Dieser Besitz (possessio), der vom Sitz (sedes), als einem willkürlichen, mithin erworbenen, dauernden Besitz unterschieden ist, ist ein gemeinsamer Besitz, wegen der Einheit aller Plätze auf der Erdoberfläche, als Kugeloberfläche; (...)“

(I. Kant, Metaphysik der Sitten, Rechtslehre, § 13)

In seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ leitet Kant daraus ein Besuchsrecht (ab), *„welches allen Menschen zusteht, sich zur Gesellschaft anzubieten, vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Erdoberfläche der Erde, auf der, als Kugeloberfläche, sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können (...).“* (S. 214)

Wenig später seine Schlussfolgerung:

*„Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an **allen** gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgers keine phantastische (...)“* (S.216)

Kant ging bei der treuhänderischen Verwaltung des Gemeinschaftseigentums der Menschen an der Erdoberfläche freilich noch von dem funktionierenden Regulativ konkurrierender Besitzbürger aus.

Nach dem Ende des traditionellen Kolonialismus und der imperialen Kriege um die Aufteilung der **Erdoberfläche** stellt sich das Problem heute anders und in verschärfter Weise dar: jetzt geht es um die **Erdatmosphäre!** Ich zitiere aus dem Report des Wuppertal-Instituts:

„Das Tauziehen um Entwicklung und Emissionen hat seinen Niederschlag in zwei zusammenhängenden völkerrechtlichen Verträgen gefunden: der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992 und dem Kyoto-Protokoll von 1997. Während die Klimakonvention einen Rahmen für die Kooperation in wissenschaftlicher und politischer Hinsicht setzt, geht das Kyoto-Protokoll darüber hinaus und stellt rechtlich verbindliche Minderungsverpflichtungen für Industriestaaten auf. Zentrale Zielsetzung des Rahmenvertrages ist gemäß Artikel 2 die Verpflichtung, „eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems“ zu verhindern. Der Vertrag geht davon aus, dass der globale Weltraum zur Deponierung

von Kohlendioxid und anderen Gasen begrenzt ist, und sieht gemeinsame Verpflichtungen vor, um einer gefährlichen Überlastung des Umweltraums vorzubeugen. Damit hat die internationale Staatengemeinschaft vorgegeben, was Regieren im transnationalen Raum bedeuten kann: Weil Emissionen keine Grenzen kennen, bedarf es multilateraler Beschlüsse, und weil die Atmosphäre ein Gemeinschaftsgut ist, kann über sie nur in geteilter Souveränität verfügt werden. (...) Obgleich diese Biosphäre allen gleich und niemandem im Besonderen gehört, wird sie von Regionen und Nationen asymmetrisch genutzt. So ist die Weltgesellschaft weit davon entfernt, allen Erdenbürgern den gleichen Zugang zu den Naturgütern des Planeten zu gewähren.“ (...)

„Erderwärmung hat bereits eingesetzt und ist von den Industrieländern verursacht. Nach dem Verursacher-Prinzip stehen damit die Industrieländer heute schon in der Verantwortung, Entschädigung für die Kosten Unbeteiligter zu leisten.“

Andrerseits geraten die Länder der Südhalbkugel mit ihrer nachholenden Entwicklung jetzt an den längeren Hebel. Sie – wie Brasilien, Indonesien, China und Indien – entscheiden mit ihrem Ressourcenumgang (Urwälder, CO₂-Emissionen etc.) über die zunehmend ökologisch bedingten Überlebenschancen unserer Nachfahren.

Noch einmal das Wuppertaler Institut:

„Vor einem Vierteljahrhundert, noch bevor die Rede von der „Globalisierung“ aufgekommen war, brachte ein deutscher Bundeskanzler mit treffsicherer Intuition die politische Konsequenz weltweit angewachsener Interdependenz auf den Punkt. Alle Außenpolitik, so Willy Brandt in Aufnahme eines von Carl Friedrich von Weizsäcker geprägten Begriffes, sei von nun an nichts anderes als Weltinnenpolitik. Damit hat Brandt die Lage der Politik im postnationalen Zeitalter charakterisiert. Nach dem Auszug von Wirtschaft und Kultur, oder doch beträchtlicher Teile davon, aus dem Nationalstaat lässt sich Innenpolitik nicht mehr von Außenpolitik trennen. Auf vielfache Weise sind nun die inneren Angelegenheiten eines Landes von transnationalen Kraftfeldern beeinflusst. Und umgekehrt lässt sich Außenpolitik nicht mehr so recht von Innenpolitik unterscheiden, da innere Angelegenheiten, selbst wenn sie in Europa geregelt werden – man denke an Energiepolitik oder die Subventionen für die Landwirtschaft -, zunehmend außenpolitische Wirkungen zeigen. Unter solchen Umständen wird die Unterscheidung zwischen innen und außen von der Unterscheidung zwischen global und lokal überlagert. Mit der Forderung nach einer Weltinnenpolitik zog Brandt die Schlussfolgerung aus dieser Verschiebung. Nicht das nationale Wohl ist für ihn der Bezugsrahmen für eine aufgeklärte Außenpolitik, sondern das Gemeinwohl der Weltgesellschaft. Willy Brandt stellt sich damit in Linie mit jenem Projekt, das schon 1795 Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ andachte: die Verwirklichung einer Weltbürgergesellschaft. Für Kant lag die Bedeutung einer tragfähigen Weltordnung darin, dass die Staaten davon ablassen, sich wie konkurrierende Einzelwesen zu benehmen, die nur auf ihre relativen Machtvorteile aus sind. Stattdessen wollte er Machtbeziehungen in Kooperationsbeziehungen umformen und die Rechte der Bürger über die Interessen ihrer Staaten stellen“

Er resümiert:

„Deshalb wird der Rückbau des Ressourcenverbrauchs in den reichen Ländern zum kategorischen Imperativ der Ressourcengerechtigkeit (Kapitel 5).

5.) ‚Allmende‘ als systemische Denkfigur:

Hier nun kommt der Allmende-Gedanke ins Spiel, sowohl als lokal und regional verwurzelte Treuhänderschaft als auch als systemisches Denkmodell.¹

In seiner grundsätzlichen ethischen und rechtsphilosophischen Arbeit „Moral als Preis der Moderne“ kommt Höffe im Kapitel über „ökologische Gerechtigkeit“ zu dem Ergebnis:

„Vor allem die internationale Rechtsgemeinschaft muss freilich noch lernen anzuerkennen, dass derjenige, der eine Umweltzerstörung vornimmt, an der Allmende der Menschheit ein Eigentumsdelikt begeht: in geringfügigen Fällen einen Diebstahl, in seltenen Fällen einen Mundraub, oft genug einen Raub sans phrase. Außerdem beeinträchtigt er die Gesundheit seiner Mitmenschen; er verstößt gegen deren Recht auf Leib und Leben.“

In „Fair Future“ heißt es dazu:

„Transnationale Unternehmen sind insofern wahre „Externalisierungsmaschinen“; denn sie haben Macht und Möglichkeit, Steuerzahlungen wie Kosten für Umwelt- und Sozialstandards durch Abwanderung – oder der Drohung damit – zu umgehen oder gar Subventionen für sich durchzusetzen. Dort, wo im Süden und Osten der Welt schwache oder korrupte Staaten ihrer Regulierungsaufgabe nicht nachkommen, nützen manche Unternehmen ihre Macht, um Regeln und Standards auf niedrigem Niveau zu halten oder bedienen sich korrupter Regime, um Rohstoffe und

¹ Nicht nur sprachlich, sondern auch als tradierte gesellschaftliche Praxis – nicht zuletzt zugunsten der sozial Schwächeren – taucht die Allmende (schweiz. ‚Allmend‘) im ländlichen Raum Süddeutschlands und der Schweiz (vgl. die ‚commons‘ in Großbritannien) neben der bei uns seit dem 19. Jahrhundert vorherrschenden privatwirtschaftlichen Nutzung der Natur-Ressourcen noch auf: z.B. als Gemeinschaftsbesitz bzw. Nutzungsrecht von Gemeindewäldern und –weiden. Diese Institution ist im Sinne von Vorsorge neu zu bedenken und gegenwärtigen Bedürfnissen anzupassen.

Das Problem des Raubbaus an den Ressourcen ist dabei nicht notwendig ein Spezifikum dieser Organisationsform (vgl. O. Höffe zum Problem der „Trittbrettfahrer“ a.a.O. S. 175), sondern **das** der fehlenden vertraglichen Regelungen treuhänderischer Nutzung und Teilhabe an der Verantwortung überhaupt. In vielen Ländern der Südhalbkugel, die über den Kolonialismus in eine exportorientierte Landwirtschaft von Monokulturen (z.B. für Kaffee, Kakao, Baumwolle, Soja etc.) getrieben wurden, dient solch Gemeinschaftsbesitz der ländlichen Bevölkerung heute zum Überleben. Die Bevölkerung Bangladeschs etwa erhält laut Report des Wuppertal Instituts etwa 40 % ihrer Ernährung aus Flächen und Gewässern, die nicht bewirtschaftet werden. In Brasilien drängt man die arme Bevölkerung aus den Slums der großen Städte zur Migration und Brandrodung in die Urwälder des Amazonasgebietes, deren Bedeutung als ‚Allmende‘ im Sinne eines **globalen** Sauerstoff- und Wasserreservoirs bzw. Klimareglers von der Weltgemeinschaft in dem Maße erkannt wird, in dem man sie dezimiert. In Alaska soll einerseits eines der größten Naturschutzgebiete nun dem us-amerikanischen Ölhunger geopfert werden, während andererseits das „**Alaska-Permanent-Fund**“-Konzept einer Pro-Kopf-Beteiligung an den Öleinnahmen Vorbild für Peter Barnes „**Sky Trust**“ (Klimatreuhandfonds) wurde. (vgl. „Fair Future“ a.a.O. S. 195/ 196)

Im Oberrheingebiet mit seinen kleinbäuerlichen Strukturen haben sich viele landwirtschaftliche Betriebe zu einem Allmende-Schutz-Bündnis gegen gentechnische Kontamination zusammengeschlossen. Inzwischen bemüht sich außerdem eine „Qualitätsinitiative Oberrhein“ um vertragliche Sicherheit zwischen gentechnikfreier Bewirtschaftung, Handel und Abnehmerschaft, um so mit anderen eine europäische Option zur Erhaltung natürlicher Vielfalt offenzuhalten. Gleichzeitig arbeitet Gentechnikforschung an der Fakultät für Zellbiologie der Universität Freiburg aber hier mit Unterstützung der Bill-Gates-Stiftung und in Zusammenarbeit mit transnationalen Saatgutkonzernen an einem ‚Golden-rice‘-Projekt, einer perfekten Nahrungsmittelprothese, die den Bedarf an Gemüse erübrigen und damit den Welthunger bekämpfen soll. Ein Erfolg dieses Projektes dürfte die Tendenzen zur Zentralisierung der Nahrungsmittelversorgung der Weltbevölkerung über transnationale Konzerne verstärken, während die Ausbreitung regenerativer Energie - wie Hermann Scheer zeigt – gerade das Gegenteil einer Zentralisierung von Versorgung nahe legt – freilich unter ausgleichender rechtsstaatlicher Aufsicht.

Diese sich z.T. widersprechenden Vorsorge-Ansätze fordern dazu heraus, die Idee der Allmende zu einem systemischen Modell zu entwickeln, das den Zugriff auf die Natur-Ressourcen im Sinne einer Kant’schen Ethik neu, nachhaltiger und zugleich gerechter regelt.

Arbeitskräfte billig auszubeuten. Nicht wenige Auslandsinvestitionen werden so in einem de facto rechtsfreien Raum getätigt.“

Das Wuppertal-Institut zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass statt der UN die WTO wegen ihrer Möglichkeit zu wirksamen Sanktionen die eigentliche Weltregierung in einer Welt darstellt, in der Staaten zu „Auslauf-Modellen“ werden könnten. (wie E. Eppler 2005 dargelegt hat.)

Europa steht am Scheideweg. Es muss sich entscheiden, ob es den Weg präventiver Raubökonomie und präventiver Kriegsführung oder den präventiver Gerechtigkeit gehen will.

Dazu das Wuppertaler Institut:

Von seinen geistigen und historischen Voraussetzungen her kann Europa der Welt ein nicht-hegemoniales Modell des Zusammenlebens in Einheit und Vielfalt vorschlagen. Aus seiner Denktradition ging die Idee des Weltbürgerrechts hervor, in seiner Geschichte hat es eine Friedensordnung durch Kooperation geschaffen, in seiner Politik hat es auf einem sozialen und ökologischen Rahmen für die Marktwirtschaft bestanden, in seinem Rechtssystem kommt den Bürgern der Vorrang vor den Staaten zu. Was Europa noch davon abhält, international eine eigenständige Rolle zu spielen, ist ein überholtes Verständnis von transatlantischer Loyalität. Es ist ein Sediment des Kalten Krieges zu glauben, der Auftrag Europas liege im Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten. Einstmals hing an dieser Haltung die Stabilität der Welt, heute befördert sie deren Instabilität. Weil nicht zu sehen ist, wie das Konzept Amerikas – Unilateralismus, Gewaltvorbehalt, Marktfundamentalismus, Umweltausbeutung – für die Weltgesellschaft zukunftsdienlich sein kann, besteht im Blick auf das angebrochene Jahrhundert die weltpolitische Verpflichtung Europas darin, ein alternatives Konzept in den globalen Dialog einzubringen.“

6. Ausklang:

Goethes Sonett schließt mit den Versen:

*Wer Großes will, muß sich zusammenraffen;
In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,
Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.*

Kant der große Realist und Aufklärer setzt etwas bescheidener an. Er schreibt in:

Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht:

„aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden. Nur die Annäherung zu dieser Idee ist uns von der Natur auferlegt.“

und er erläutert:

„Neigungen (der Menschen) machen, daß sie in wilder Freiheit nicht lange neben einander bestehen können. Allein in einem solchen Gehege, als bürgerliche Vereinigung ist, tun eben dieselben Neigungen hernach die beste Wirkung: so wie Bäume in einem Walde, eben dadurch daß ein jeder dem anderen Luft und Sonne zu

benehmen sucht, einander nötigen, beides über sich zu suchen, und dadurch einen schönen geraden Wuchs bekommen;“

Sehr verehrte Anwesende,

das „Gehege“, die bürgerliche Vereinigung unseres virtuellen Gesellschaftsvertrages zur Rechtsstaatlichkeit ist in Gefahr!

Die Allmende Natur und die Allmende Wissenschaft bedürfen unseres gemeinsamen, wachsamem Einsatzes bei der Erhaltung und Reparatur ihrer Gatter und Zäune!

Denn um mit Kant zu schließen:

„Das Recht muß nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.“

(I. Kant, Über ein vermeintliches Recht aus Menschenliebe zu lügen)